

BENAZIR BHUTTO ÜBER KORRUPTION UND IHRE UNSCHULD

Die Schweiz ist Komplizin

Die ehemalige pakistische Premierministerin Benazir Bhutto sieht überall nur Ranküne ihrer Gegner. Auch die Schweiz habe sie gequält.

INTERVIEW: WASEEM HUSSAIN

WoZ: Es heisst, die Korruption in Pakistan ziehe sich durch alle Ämter und Parlamentsstellen. Stimmt das?

Benazir Bhutto: Nicht alle Beamten und Politiker sind korrupt. Aber es stimmt, die Korruption ist von ganz oben bis ganz unten allgegenwärtig. Das ist eines der Hauptprobleme unseres politischen Systems.

Teilen Sie auch die Ansicht, dass wahrscheinlich ausnahmslos alle bisherigen Regierungschefs Pakistans korrupt waren?

Ja. Auch der jetzige Premierminister, Nawaz Sharif, und dessen Regierung sind hochkorrupt.

Und wieso sollte man annehmen, Sie und Ihre Regierung seien es nicht gewesen?

Das ist eine ziemlich beleidigende Frage.

Die mir vorliegenden Dokumente belegen, wie Sie, Ihr Ehemann und Mitglieder Ihrer Regierung sich an Staatsgeschäften bereichert haben.

Die gegen mich erhobenen Korruptionswürfe sind rein politisch motiviert, und die Dokumente, die Sie erwähnen, sind gefälscht. Dies ist eine Kampagne gegen mich, geleitet von Senator Saifur Rehman, einem Freund und politisch Verbündeten des Premierministers.

Merkwürdig aber, dass das Bundesamt für Polizeiwesen und das Genfer Untersuchungsrichteramt siebzehn Ihrer Schweizer Bankkonten haben sperren lassen, weil auf diesen illegal erworbenes Geld liegen soll. An den Vorwürfen muss also mehr dran sein, als Sie zugeben.

Als die pakistische Regierung mit ihrem Rechtshilfesuch an die Schweiz gelangte, gab es in Pakistan gar keine Strafverfolgung gegen mich. Aber Senator Rehman tischte der Schweizer Bundespolizei Lügen auf und behauptete, er sei mit der Strafverfolgung beauftragt. Genauso log auch der Generalstaatsanwalt, sogar schriftlich in einem Brief an die Bundespolizei. Aber nach geltendem pakistischem Gesetz haben die beiden diese Kompetenz gar nicht. Das hätte die Bundespolizei merken und das Rechtshilfesuch zurückwei-

sen müssen. Ich hätte erwartet, dass die Schweizer Regierung sich auf meine Seite stellt.

Die Schweiz leistet Rechtshilfe aufgrund von vorgetäuschten, falschen Tatsachen?

Ich bin sehr schockiert über das Vorgehen der Schweizer Bundespolizei. Immerhin ist die Schweiz Teil der westlichen Kultur, wo Menschenrechte noch etwas gelten. Aber die Schweizer Bundespolizei hat mich politisch irreparabel geschädigt und mir unermessliche Qualen bereitet. Ich sage nicht, dass die Schweiz es absichtlich getan hat, aber durch ihr Vorgehen hat sie sich zur Komplizin einer politischen Vernichtungskampagne machen lassen, die es auf die zweifach gewählte Premierministerin und jetzige Oppositionsführerin von Pakistan abgesehen hat.

Seit geraumer Zeit sind sich Zivilpersonen, Beamte und Politiker in Pakistan einig, dass Sie Geld aus der Staatskasse ins Ausland geschafft haben. Sogar enge Mitarbeiter von Ihnen sagen das. Ihr Ruf ist also auch ohne das Dazutun der Schweiz nicht eben gut.

Mein Vater war berühmt, ich selber bin eine sehr bekannte Person. Ich habe mit Königen und Präsidenten zusammengearbeitet, die Leute haben Hochachtung vor mir. Und nun will man unseren guten Ruf durch den Schredder lassen, das ist es, was die jetzige Regierung will. Es war so erniedrigend, als die Weltöffentlichkeit erfahren hat, dass meine Schweizer Bankkonten gesperrt worden waren. Ich dachte an all die politischen Führer, mit denen ich im In- und Ausland zu tun gehabt habe, und an all die Frauen, die an mich geglaubt haben. Was würden sie jetzt über mich denken. Aber was soll ich tun, wenn BBC und CNN auf der Welt herumersähen, auf meinen gesperrten Schweizer Bankkonten lägen zwischen einer und drei Milliarden US-Dollar, die ich meinem Land gestohlen haben soll?

Ihnen geht es um Ihren guten Ruf. Dem pakistischen Volk geht es aber darum, dass, falls eine politische Führerin korrupt gewesen ist, sie dafür zur Rechenschaft gezogen wird.

Der jetzigen pakistischen Regierung kommt es sehr gelegen, dass der Name der angesehenen Schweiz im Spiel ist. In Pakistan kennt niemand das schweizerische Gesetz. Wenn es heisst, meine Konten seien gesperrt worden, meinen alle, ich sei bereits verurteilt worden. Das hat mit Recht oder Gerechtigkeit nichts zu tun, sondern das ist ein Schauprozess. In Wahrheit geht es nur darum,

dass ich Nawaz Sharif ein Dorn im Auge bin, weil ich seine korrupten Machenschaften untersuchen liess, als ich Premierministerin war. Ich übergab das Dossier dem zuständigen Gericht, doch kurz darauf wurde ich meines Amtes enthoben und Nawaz Sharif zum Premierminister gewählt. Darum kam es nie zum Strafverfahren gegen ihn. Nun will er unbedingt verhindern, dass ich

je wieder an die Macht komme, weil er dann Angst haben müsste, dass ich ihn vor Gericht ziehe.

Was haben Sie damals über ihn herausgefunden?

Er hatte eine ganze Reihe von Bankkonten auf die Namen von fiktiven Personen eröffnet. Dies wurde als der Hridayia-Fall bekannt. Auf den Konten versteckte Nawaz Sharif Geld, das er bei Staatsgeschäften für sich abgezweigt hatte. Das kann ich beweisen.

Viel gravierender aber sind seine Kredit-schulden. Für seine Firma Ittefaq nahm er Kredite bei staatseigenen Banken auf, bezahlte aber weder Schuldzinsen noch die Kredite zurück. Statt dessen erpresste er die Bankdirektoren. So wurden seine Schulden stillschweigend abgeschrieben. Auch dafür habe ich Beweise.

Sie geben an, unschuldig und Opfer einer politischen Vernichtungskampagne zu sein. Wieso verteidigen Sie sich nicht, wieso legen Sie keine Gegenbeweise vor?

Wie kann ich mich verteidigen, wenn

nichts gegen mich vorliegt? Wie gesagt, bis heute stehe ich nirgendwo wegen Korruption unter Anklage. Aber wissen Sie, ich bin der festen Überzeugung, dass am Ende immer die Wahrheit triumphiert.

Rechtshilfe erschwindelt

Letzten September wurden die Schweizer Bankkonten der pakistanischen Oppositionsführerin Benazir Bhutto (sowie ihres Ehemannes und ihrer Mutter) vorsorglich und im Oktober dann definitiv gesperrt (siehe WoZ Nr. 39/97). Auf den Konten sollen rund 20 Millionen Franken liegen. Recherchen in Pakistan und in der Schweiz haben ergeben, dass die pakistanische Regierung dem Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) tatsächlich falsche Angaben machte. Laut BAP muss der ersuchende Staat ein laufendes Strafverfahren im eige-

nen Land nachweisen, um internationale Rechtshilfe zu beanspruchen. Senator Saifur Rehman, Vorsitzender der Abteilung für Rechenschaft im Premierministersekretariat, gab sich gegenüber dem BAP als Strafverfolger aus, obwohl die damals geltende pakistanische Verordnung ihm diese Befugnis nicht gab. Rehman's Aufgabe bestand lediglich darin, belastendes Material gegen Politiker und Beamte zu sammeln, die der Korruption verdächtigt werden. Auch lief in Pakistan kein Strafverfahren gegen Benazir Bhutto.